

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

28.5.1930 (No. 124)

Expedition:
 Carl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Geschäftsstelle
 Nr. 953
 und 954
 Postfach
 Nr. 5515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Schriftverkehr:
 E. Kamm,
 Karlsruhe

Preis: Monatlich 2,25 RM. einjähr. Postgebühren. — Einzelnummer 20 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Mehrere sind halbiert. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rubrikabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, ungewollter Verbreitung und Kontroversen fällt der Inhalt der Zeitung verpönt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Deckungsfrage

Verhandlungen mit den Parteien

Über die Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag, in der die entscheidenden Beschlüsse über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und den Ausgleich des Defizits im Reichsetat vorbereitet werden sollten, wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers mit der durch die nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit und konjunkturelle Ausfälle an Einnahmen des Reichs geschaffenen Lage. Der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister legten die verschiedenen Möglichkeiten für den einmündigen als notwendig anerkannten sofortigen Ausgleich der Fehlbeträge dar. Das Reichskabinett beschloß, die Entscheidung über die Art der Deckung mit der Beschlußfassung über das Ausgabenentlastungsgesetz zu verbinden. Diese Kabinettsentscheidung wird Anfang nächster Woche fallen.

In den nächsten Tagen werden Verhandlungen mit den Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Sanierungsmöglichkeiten stattfinden. Von dem Gange dieser Einzelgespräche, so meldet die „D.A.Z.“, wird es abhängen, welche endgültigen Vorschläge der Minister dem Kabinett vorlegt. Sie werden sich auf den Gesamtkomplex der Steuerfragen erstrecken müssen, da durch die Anträge einzelner Regierungsparteien zur Abänderung des bisherigen Steuerprogramms, beispielsweise zur Wiederbehebung der Warensteuer, die Basis des bisherigen Etatsausgleichs auch von der politischen Seite angegriffen wird.

Man ist sich darüber klar, daß die als notwendig bezeichnete Balancierung sich nicht nur auf das Defizit erstrecken darf, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist, sondern auch auf die übrigen Gebiete. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß das Kabinett in der Arbeitslosenfrage die Vorschläge der Versicherungsanstalt akzeptieren wird und auch, daß die Fraktionen ihnen bestimmen werden.

Die fortschreitende Räumung

Ludwigshafen frei

Die Stadt Ludwigshafen a. Rh. ist Dienstag abend vom Hauptteil der französischen Besatzungstruppen geräumt worden. Um 5 Uhr nachmittags wurden die letzten Nachposten auf der Rheinbrücke eingezogen. Gegen 1/8 Uhr abends wurde die Tricolore auf dem Brückenkopf an Rheinbrücken-Ende eingezogen, während die Militärabteilung salutierte. Um 1/8 Uhr marschierte die ganze Besatzung nach dem Bahnhof, wo der Transport um 9 1/2 Uhr nach Frankfurt abging. In der Stadt blieb ein Abwärtungskommando von 200 Mann, das am 30. Juni abzurufen wird. Obwohl sich die Nachricht vom dem Abmarsch des Hauptteiles der Besatzung im Laufe des Nachmittags mit Hindernissen durch die Stadt verbreitet hatte und von allen mit gewisser Freude aufgenommen worden war, hatten sich nur wenige Zuschauer am Brückenkopf beim Einholen der Flagge und am Bahnhof bei der Abfahrt der Truppen eingefunden.

Ludwigshafen, Gernersheim, Griesheim

W. Mainz, 23. Mai. (Tel.) Der in den Jahren 1921 bis 1923 auf Anforderung der französischen Besatzungstruppen mit einem Kostenaufwand von 11 Millionen Reichsmark errichtete 300 Hektar große Divisionsübungsplatz Ludwigshafen ist von der Besatzung geräumt und bis auf das eigentliche Übungsgelände und die Schießstandsanlagen freigegeben worden. Ferner ist von der Besatzung noch freigegeben worden das Barackenlager Griesheim bei Darmstadt mit Ausnahme der drei Fluggewehre, die demnächst veräußert werden sind und abgerissen werden sollen, die Kugelfänge und das Schießplatzgelände.

Der Rest der französischen Garnison in Gernersheim hat, nachdem bereits in der Nacht zum Montag ein großer Teil der Besatzung abgerückt war, in der vergangenen Nacht in Stärke von 17 Offizieren und 511 Mann die Stadt verlassen. Die Truppen sind nach der neuen Garnison Besatzung transportiert worden. Ein Bergabekommando von 50 Mann bleibt bis Ende Mai zurück. Die letzten Franzosen — Gendarmen usw. — werden bis spätestens Mitte Juni die Stadt verlassen haben. Das französische Garnisonlazarett ist bereits am 24. Mai geschlossen worden. Die Kasernen und Privatwohnungen wurden am 26. Mai der Reichsvermögensverwaltung zurückgegeben.

W. Trier, 23. Mai. (Tel.) Die Räumung von Trier hat begonnen. Der erste französische Truppentransportzug mit Teilen des 41. französischen Feldartillerieregiments ist gestern hier abgegangen. Der Rest des Regiments wird heute abtransportiert werden.

Zerstörung der Luftfahrtanlagen im Rheinland

Seitens der Völkervereinigung ist die Entscheidung über die Zerstörung der Flugzeughallen im Rheinland dahin gefallen, daß die Zerstörung durchgeführt werden soll. In Berliner politischen Kreisen bezeichnet man die Angst, die man in Frankfurt vor dem Zeppelin hegt, als heimatlich lächerlich. Zwei Hallen in Neustadt sollen zerstört werden. Es handelt sich um Hallen, die während der Besatzungszeit neu errichtet worden sind, nachdem sie vorher abgebrannt waren. Sie dürfen nur zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet werden und können nicht als Luftschiffhallen Verwendung finden. Die Entscheidung der Völkervereinigung wird allgemein auf das Tiefste bedauert.

Letzte Nachrichten

Die Unterbringung der Younganleibe Die Pariser Verhandlungen

W. Basel, 23. Mai (Tel.) Die Verhandlungen der Pariser Privatbankiers, an denen bekanntlich auch einige hervorragende Mitglieder der Bank des Internationalen Zahlungsausgleichs selbst teilgenommen haben, werden hier in den Kreisen der B.Z. mit großer Spannung verfolgt. Trotz der langen Dauer der Verhandlungen ist man hier indessen nicht beunruhigt, da man nirgends besser, als in diesen Kreisen die Schwierigkeiten kennt, welche der Vereinigung der Emissionenmobilitäten noch im Wege stehen. Generaldirektor Duesnay hat, wie die schweizerische Depeschagentur erzählt, von Paris aus mitgeteilt, er hoffe bereits heute, spätestens morgen wieder in Basel zu sein. Man sieht darin ein weiteres Anzeichen dafür, daß zunächst selbst die Aussichten für eine baldige Einigung günstig beurteilt werden.

Der Völkervereinigung und Briand's Deutschrift

W. London, 23. Mai (Tel.) Die „Daily Telegraph“ berichtet, daß man in Völkervereinigungskreisen wegen der evtl. Wirkung der Deutschrift Briand's auf den Völkervereinigung, da bei einer übertriebenen Europäisierung die südamerikanischen und asiatischen Mitglieder ihr Interesse an dem Bund verlieren könnten. Infolgedessen sei ein schon früher einmal von Sir Eric Drummond aufgestellter Plan wieder in den Gesichtskreis der Betrachtungen gerückt. Er sah im wesentlichen vor, daß, entsprechend der Anzahl der Kontinente, eine Anzahl ständiger Ausschüsse der Völkervereinigung errichtet werden, die u. a. besondere Ausschüsse für europäische, asiatische und amerikanische Fragen. Diese Ausschüsse würden die Aufgabe haben, solche Fragen zu regeln, die nur die Staaten eines bestimmten Kontinents interessieren.

Die Schwierigkeiten der Regierung MacDonald Das Verhältniswahlsystem

W. London, 23. Mai (Tel.) Die Liberalen haben beschlossen, sich bei der heutigen Unterhausabstimmung über den Antrag der Konservativen auf Stützung des Gehalts des Arbeitsministers Thomas abermals der Stimme zu enthalten. Die Annahme dieses Antrages würde als Tadelvotum gegen die Regierung in der Frage der Arbeitslosigkeit angesehen werden. Infolge des Beschlusses der Liberalen wird also das Ergebnis der heutigen Abstimmung in weitgehendem Maße von der Haltung der jetzigen Arbeiterpartei abhängen, die mit der Regierung unzufrieden sind.

Der „Times“ zufolge machte Lloyd George in der Sitzung der Liberalen Parlamentspartei Mitteilung über eine Unterredung, die er am Nachmittag mit MacDonald gehabt habe. MacDonald habe ihm dabei endgültig erklärt, daß er gegenwärtig keine Zusatzenüsse in der Frage der Wahlreform machen könne; er habe aber durchblicken lassen, daß die für nicht endgültig für künftige Verhandlungen geschlossen sei. — Der „Times“ sagt, Lloyd Georges Begeisterung für das Verhältniswahlsystem werde von vielen Liberalen nicht geteilt, und diese empfänden kein Bedauern über den Abbruch der Verhandlungen.

W. London, 23. Mai (Tel.) Das Unterhaus widmete die ganze Nacht der Debatte über einen Teil des Etats, wobei die Fraktion der Konservativen Anlauf zu lärmenden Auftritten gab. Schatzsekretär Snowden kritisierte die Haltung der Opposition mit einer spitzigen Bemerkung, die den lärmenden Widerspruch seiner Gegner hervorrief. Endlich kam es zu einem Vergleich, nachdem Snowden seine ursprüngliche Forderung, noch während dieser Sitzung einen Teil des Etats zu erledigen, fallen gelassen hatte. Der konservative Antrag zur Verdrückung der Aufhebung der Antidumpinggesetzgebung wurde mit 172 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die Debatte vertagt und die Sitzung kurz nach 8 Uhr früh geschlossen.

Die Süd- und Mittelamerikafahrt des „Graf Zeppelin“

W. New York, 23. Mai (Tel.) Der Start des „Graf Zeppelin“ in Pernambuco nach Havana ist nach einer neuerlichen Mitteilung Dr. Edders auf heute früh, 7 Uhr (Oriszeit) festgesetzt. Je nach der Wetterlage wird das Luftschiff in Havana 2-4 Stunden bleiben. Für Lateinamerika ist ein Aufenthalt von zwei Tagen vorgesehen. Die Einzelheiten der Havana-Route sind noch nicht bekannt, jedoch nimmt man an, daß das Luftschiff, um die Sturm- und Hitzezone in der Gegend der Amagonsmündung zu vermeiden, die Küste bei Natal verlassen und bis zu 200 Meilen oberwärts der Mündung auf nördlichen Kurs fahren wird. Mit der Ankunft in Lateinamerika wird am Samstag gerechnet.

Auf dem Landungsplatz auf Pernambuco herrschte während der kühleren Abendstunden eine lebhafteste Tätigkeit. Brennstoff, Ballast, Lebensmittel und Post wurden an Bord gebracht, und das Gas frisch aufgefüllt. Die Gaszuführung beanspruchte infolge der örtlichen Verhältnisse längere Zeit.

Der Klagenantrag gegen Thüringen. Beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist ein Klagenantrag des Reichsinnenministeriums gegen den Thüringischen Staat, vertreten durch das thüringische Kultusministerium, eingelaufen.

Wie kommt ein Gemeindehaushalt zustande?

Von Stadtrat Hans Bauer

Die Aufstellung eines Gemeindehaushalts gehört seit jeher zu den schwierigsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung. Zu einer geordneten Wirtschaftsführung ist es selbstverständlich unumgänglich, daß jede Gemeinde alljährlich einen Haushaltsplan aufstellt, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist. Aus alten Stadtbüchern können wir entnehmen, daß schon im 16. Jahrhundert Stadthaushaltspläne aufgestellt worden sind. In einigen Staaten schreibt die Städteordnung den Gemeinden die Aufstellung eines Haushaltsplans ausdrücklich vor. Mit Recht, denn der Haushaltsplan ist die Grundlage für die gesamte Finanzwirtschaft der Gemeinde.

Der wichtigste Teil der Aufstellung eines Haushaltsplans ist stets die Erzielung eines Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Macht das schon große Mühe, wenn Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde vollkommen beweglich sind, so wachsen die Schwierigkeiten des Etatsausgleichs natürlich außerordentlich, wenn die Einnahmen der Gemeinde zum größten Teile von vornherein feststehen und nur die Ausgaben ständig anwachsen. Das ist aber heute in fast allen deutschen Gemeinden der Fall. Durch die in der Nachkriegszeit beschlossene neue Reichsfinanzgesetzgebung sind den Gemeinden fast alle größeren eigenen Steuerquellen entzogen. Die Einnahmen der Gemeinde hängen im wesentlichen von den Überweisungen des Reichs aus den Reichsteuern ab. Und auch die Realsteuern sind keineswegs mehr beweglich genug, um etwa durch ihre Erhöhung den Gemeindehaushalt ins Gleichgewicht bringen zu können. Die Realsteuern treffen vielfach die am wenigsten leistungsfähigen Schichten der Steuerzahler und dürfen schon deshalb nicht über Gebühr ausgenützt werden, um der Gemeinde erhöhte Einnahmen zu schaffen, wie das leider in den letzten Jahren vielfach geschehen ist. Das Dotationsystem, bei dem das Reich die Einnahmen der Gemeinden im wesentlichen durch seine Überweisungen bestimmt, schafft für die kommunale Finanzwirtschaft Schwierigkeiten, die bei ungenügender Höhe der Überweisungen oft nicht überwinden werden können. Aber die Forderung, die hieraus gezogen werden muß, kann nur die sein, daß nun erst recht in jeder Gemeinde ein Gesamthaushaltsplan vorhanden sein muß, in dem die Ausgaben keinesfalls die zu erwartenden und vorsichtig geschätzten Einnahmen übersteigen dürfen.

Innerhalb des Haushalts der Gemeinde unterscheidet man zwischen einem ordentlichen und einem außerordentlichen Etat. Jener umfaßt die regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen und Ausgaben, dieser die unregelmäßigen, vor allem also die einmaligen Ausgaben. Aus dem Haushaltsplan muß aber deutlich zu ersehen sein, daß dem ordentlichen als auch für die außerordentlichen Ausgaben die notwendige Deckung durch Einnahmen unter normalen Verhältnissen vorhanden ist. Die außerordentlichen Ausgaben bestehen vorzugsweise in Bauten, Neuanlagen, Erwerb von Grundstücken usw. Es ist nun freilich nicht immer erforderlich, daß diese außerordentlichen Ausgaben durch Einnahmen aus Steuern, Vermögenserträgen der Gemeinde oder aus sonstigen Überschüssen und Fonds gedeckt werden. Die Deckung solcher außerordentlichen, lange Jahre hindurch den Bedarf der Einwohner befriedigender Anlagen kann auch durch Anleihen erfolgen. Dann ist es aber notwendig, daß Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen in den Haushaltsplan der Gemeinde eingekalkuliert werden, und daß wenigstens hierfür volle Deckung durch zu erwartende Einnahmen vorhanden ist. Aber auch Anleihen sind heute oft kaum oder nur zu unerträglichen Bedingungen zu beschaffen. In diesem Falle bleibt dann nichts anderes übrig, als alle nur irgend entbehrlichen oder hinauschiebbaren Bauten, Neuanlagen, Ankäufe usw. zu unterlassen. Das haben im laufenden Jahre, das man mit Recht als ein kommunales Notjahr bezeichnet hat, sehr viele Gemeinden tun müssen. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß eine aufstrebende Gemeinde von diesem Notmittel nur in beschränktem Umfang und nur eine zeitlang Gebrauch machen soll.

Sind die zu erwartenden Einnahmen einerseits und die unbedingt notwendigen Ausgaben andererseits festgesetzt, so ist es die Aufgabe des kommunalen Finanzministers, nunmehr dafür zu sorgen, daß die Ausgaben nicht höher sind als die Einnahmen. Da das aber in der Regel der Fall sein wird, so bleibt nichts übrig, als das zunächst entstehende Haushaltsdefizit wieder zu beseitigen. Man spricht dann davon, daß der Gemeindehaushalt balanciert werden muß. Das kann man entweder so machen, daß man neue Einnahmen in den Etat einsetzt, oder daß man Ausgaben streicht. Da neue Einnahmen gegenwärtig meist nicht oder nicht in nennenswertem Maße herbeizuschaffen sind, so wird es zum Zwecke der Fertigstellung des Haushaltsplans vor allem darauf ankommen, auf Grund einer nochmaligen Prüfung aller nicht dringlichen Ausgaben den Haushaltsplan zusammenzustellen. Es gibt natürlich auch noch andere, künstliche Mittel, um den Haushaltsplan zu balancieren. Man kann z. B. die zu erwartenden Einnahmen aus Überweisungen und eigenen Steuern oder aber die Einnahmen aus kommunalen Werken höher ansetzen. Aber dieses Mittel bedeutet meistens einen Selbstbetrug. Seine Anwendung führt dazu, daß der Haushaltsplan nur scheinbar, aber nicht wirklich ins Gleichgewicht kommt. Häufig wird dann, um einen wahrheitsgemäßen Haushaltsplan möglich zu machen, im letzten Augenblick eine Erhöhung der gemeinlichen Werttarife (Elektrizität, Gas- oder Wassertarife) beschlossen. Das erleichtert natürlich das Zustandekommen eines ausgeglichenen Gemeindehaushalts außerordentlich. Aber es bedeutet eine schwere, oft untragbare Belastung der Einwohner. Es

ist ganz sicher nicht der Zweck und die Aufgabe dieser kommunalen Betriebe, als Notnagel für die Herstellung des Gleichgewichts im Gemeindehaushalt zu dienen und Sondereinnahmen für die Gemeinden zu erbringen, die in Wirklichkeit indirekte Steuern auf den notwendigen Bedarf an Gas, Wasser und Elektrizität sind.

Will man aber die Gemeinden an der Anwendung solcher Zwangsmittel zum Ausgleich des Gemeindehaushalts wirklich verhindern, so müssen ihnen eben ausreichende Steuerüberweisungen zur Verfügung gestellt, und es muß ihnen vor allem wieder die Möglichkeit gegeben werden, durch Ausschöpfung eigener Steuerquellen sich die notwendigen Mittel zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu beschaffen. Erst dann, wenn diese Grundlage jeder unabhängigen Finanzwirtschaft wiederhergestellt ist, kann in den Gemeinden ein Haushaltsplan so aufgestellt werden, wie er aufgestellt werden möchte, nämlich durch beiderseitige Balancierung der notwendigen Ausgaben und der zu ihrer Deckung erforderlichen Einnahmen.

Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums

Aus dem Reichstag
Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Beratung des **Kostetats** dadurch abgeschlossen, daß die früher zurückgestellten **Abstimmungen** nachgeholt wurden. Der Haushalt wurde nach den Vorschlägen des Ausschusses bewilligt. Kommunifische Anträge zur Herabsetzung der Rundfunkgebühren und der Fernspreckgebühren wurden abgelehnt. Der neue Weltpostvereinsvertrag wurde genehmigt.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wurde eingeleitet durch eine Rede des Staatssekretärs **Trendelenburg**, der den erkrankten Reichsminister **Dietsch** vertretet. Der Staatssekretär teilte mit, daß an der Reform des Kartellgerichtswesens vor allem an der von vielen Seiten gewünschten Schaffung einer zweiten Instanz gearbeitet werde. Wenn das Gutachten des Ausschusses vorliege, voraussichtlich in diesem Sommer, werde die Zeit gekommen sein, zu dem Kartellproblem abschließend Stellung zu nehmen. Die Vorgänge beim Zusammenbruch der **Frankfurter Allg. Versicherungsgesellschaft** hätten dem Wirtschaftsministerium Veranlassung gegeben, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungswesens aufzustellen auszuarbeiten, der zunächst dem Reichswirtschaftsrat und dann dem Reichstag zugehen soll. Den Versicherungsunternehmungen soll darin die Pflicht auferlegt werden, ihren Rechnungsabschluss alljährlich durch unabhängige Gesellschaften prüfen zu lassen. Staatssekretär **Trendelenburg** teilte weiter mit, daß eine Reform des **Statistischen Reichsamts** beabsichtigt sei mit dem Ziele, aus dieser Statistik mit geringstem Aufwand den größten Nutzen für die Erkenntnis der tatsächlich wirtschaftlichen Vorgänge zu ziehen. An dieser Reform arbeite im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsparlamentarier eine besondere Kommission.

In der Aussprache wurde von den Rednern der verschiedenen Parteien die Notwendigkeit betont, vor allem die beunruhigend große Zahl der Arbeitslosen herabzumindehren. Heute, Mittwoch vormittag, soll die Aussprache zu Ende geführt werden.

Der Grenzwischenfall von Neuböfen

Prüfung durch eine deutsch-polnische Kommission
Dem polnischen Gesandten in Berlin ist auf seine Vorstellungen erwidert worden, daß sein Protest zurückgewiesen werden müsse. Der polnische Schritt sei schon in sich widerspruchsvoll, da er einerseits die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Klärung des Tatbestandes anregt, andererseits aber ein für Polen günstiges Ergebnis der Feststellungen der Kommission dadurch bereits vorwegnehme, daß gegen ein angebliches Verschulden deutscher Beamter protestiert werde. Außerdem handele es sich aber nach dem bisherigen Ergebnis der von den zuständigen deutschen Stellen eingeleiteten Untersuchung nicht um einen Übergriff deutscher Beamter, sondern um eine **polnische Grenzverletzung** und um **Gewaltthaten**, die von polnischen Beamten auf deutschem Territorium begangen worden seien. Im übrigen halte es die deutsche Regierung auch von sich aus für angebracht, den Sachverhalt durch eine gemeinsame Nachprüfung aufzuklären und diese Aufgabe einer gemischten deutsch-polnischen Kommission zu übertragen.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am Dienstag das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat gegen die Stimmen der **Deutschnationalen**, der **Kommunisten**, der **Wirtschaftspartei** und der **Christlichnationalen Bauernpartei** an. Nach dem Beschluß des Ausschusses beträgt die Zahl der Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates **115**. Im Plenum bedarf das Gesetz zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit.

Auftakt zum 4. Händelfest

Die Oper „Alcina“ im Badischen Landestheater

Da geraten wir gleich mitten in die Problematik der gesamten Handel-Bewegung unserer Tage, wir stehen vor einem interessanten Versuch, durch eine von begreiflichem Optimismus getragene Neubearbeitung einem von ihm selbst längst beiseitegelegten Opernwerk auf der Gegenwartsbühne wieder zu begegnen.

Es ist seit Sommer 1920, allwo zu Göttingen die „Madelinde“ ihre deutsche Uraufführung erlebte, nicht die einzige Handel-Premiere in deutschen Landen. „Julius Cäsar“ und „Lamerlano“ (dieser übrigens hier) u. a. folgten, selbst einige seiner Oratorien, so kürzlich erst in Frankfurt den „Weslager“, hat man mit Hilfe eines Bewegungschlores auf die Bühne gebracht. Es scheint also mit dem alten Handel immerhin auch für die Theaterkasse noch ein Geschäft möglich, wenn schon es mitunter nur wie die Entdeckung einer ägyptischen Königinnie wirkt und sich als eine momentane Sensation herausstellt. Denn betrachten wir gerade diese „Alcina“ einmal des näheren und ganz nüchtern, so könnte selbst eine durchgreifendere Neubearbeitung als die von **Hermann Roth** vorgelegte kaum ihre Lebensfähigkeit erweisen, ja, nur an ihrem Beispiel gemessen müßte man überhaupt an Handels dramatischer Wirklichkeit fast zweifeln. Schon die instrumentale Einleitung erregt Bedenken: durchgehendes Streichquartett mit Klavier, dazu als gelegentliche „Lichter“ einige Holzbläser. Welch an ein modernes Opernorchester gewöhntes Ohr hält das 2½ Stunden aus, ohne sich bei solch primitiven Mitteln gründlich zu langweilen? Aber nicht minder antiquiert mutet das Bühnengeschehen an, eine in todenen Kostümen eingepackte, völlig belanglose Zauberwelt, eine arg pathetisch und ölig aufgemachte Liebesaffäre. Sogar ein Handel-Enthusiast wird sich kaum an diesem Stoff erfreuen, aber freilich gleich mit dem Einwand kommen, das sei eben vorläufige Opernmusik, das sei der Romantikalstil der Barockoper.

Darin liegt allerdings wieder eine gewisse Berechtigung, und selbst dieser teils verunglückten „Alcina“ wird kein Mensch

Die Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Heidelberg

Der Festakt

Am Dienstagvormittag fanden sich, wie gemeldet, zahlreiche Prominente der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und der Wissenschaft zur feierlichen Einweihung des neuen Instituts für **medizinische Forschung im Volksheilkunde** des Instituts in Heidelberg zusammen. Für den erkrankten Präsidenten, **Erz. von Harnad**, richtete der erste Vizepräsident **Krupp von Bohlen-Halbach** an die Erschienenen herzliche Grüße und dankte allen, die zum Gelingen des neuen Instituts beigetragen haben; u. a. auch dem früheren Reichsminister **Röhler** und dem Kräteten **Dr. Schreiber**.

Nach der Übergabe des neuen Instituts an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft überbrachte dann Staatssekretär **Gebt** die Grüße und Wünsche der Reichsregierung und betonte, daß auf Grund der Notwendigkeit der Forschungsarbeit dieses Instituts für das gesamte deutsche Volk, die Reichsregierung trotz der Not der Zeit mit beträchtlichen Mitteln die Gründung dieser Forschungsstätte unterstützt habe. Besonders hob er die finanzielle Hilfe der Träger der Invaliden- und Angestelltenversicherung hervor und würdigte das als einen bedeutenden Ausdruck der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Medizin und Sozialpolitik. Mit einem Wunsch für erfolgreiche Arbeit des Instituts schloß er seine Ausführungen, worauf der badische Staatspräsident **Dr. Schmitt** in der bereits mitgeteilten Rede der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dankte, daß das neue Institut gerade in Baden errichtet sei.

Anschließend gab der Heidelberger Oberbürgermeister **Reinhart** seiner Freude über die Errichtung des Instituts in Heidelberg Ausdruck, und versprach, daß in Zukunft die Sorgen des Instituts auch die Sorgen der Stadt Heidelberg sein werden. Er mußte daran den Wunsch, der Stadt und der Universität möchten — soweit die Mittel des Landes Baden nicht reichen — vom Reich die Möglichkeit gegeben werden, ähnliche Schöpfungen zu fördern.

Nach dem Festakt sprach sodann im Namen der Universität Heidelberg über das Wesen der Forschung, wobei er betonte, daß der Forscher nicht nur empfangen solle, sondern auch aktiv tätig sein müsse. Die schöpferische Leistung in der Forschung, die Verarbeitung eines Leidgedankens zur Ordnung der Erscheinungswelt sei etwas, was Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften gemeinsam hätten und worin sich die Tätigkeit des Forschers mit der des Künstlers eng berühre. Rektor **Gottschlich** schloß mit dem Lehrsatzwort, nach dem das göttliche Geschenk des Verstandes und des Willens dem Menschen größer ist, als das göttliche Geschenk der vollen Wahrheit.

Es sprachen dann noch die Dekane der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg. Die medizinische Fakultät verlieh **Dr. Friedrich Gum** in Anerkennung seiner Forscherverdienste die Würde eines Ehrendoktors. An dem Festakt schloß sich ein Rundgang durch das neue Institut.

Die Tagung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Ausflug nach Schwetzingen

Im Anschluß an die Heidelberger Tagung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Förderung der Wissenschaften hatte der badische Staatspräsident die Teilnehmer auf Dienstagmorgen zu einem Ausflug nach Schwetzingen eingeladen. Gesellschaftswagen brachten die Gäste, bei herrlichem Wetter, in zahlreicher Fahrt nach Schwetzingen, wo im Ehrenhof des Schlosses Staatspräsident **Dr. Schmitt** die Gäste namens der badischen Staatsregierung willkommen hieß und seiner Freude über den Besuch Ausdruck verlieh.

Ministerialrat **Dr. Girsh** leitete seine Führung durch Schloß und Schloßgarten mit einem überaus anschaulichen und humorvollen Vortrag über die Geschichte des Schlosses und des Schloßgartens, sowie die Ausführungen über die einseitige und jegliche Gestaltung und Farbgebung ein.

Nach der Führung durch den Schloßgarten mit seinem sehenswerten Baustil, wurde am Abend in den Zirkelsälen ein Spargelbankett aus der Küche der badischen Landwirtschaftskammer mit badischem Wein gereicht, wobei der zweite Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft **von Schmitt-Dit** einen Rückblick auf die bedeutungsvolle, erfolgreiche Tagung in Heidelberg warf, die so recht gezeigt habe, daß ein gewaltiges Wissenschaftsgebäude aus der Irzelle der Rotgemeinschaft hervorgegangen sei. Der Redner dankte gelegentlich dieses schönen Schwetzingen Abchlusses der Tagung dem badischen Staat und in erster Linie dem Staatspräsidenten für die Einladung. Nach Worten tiefer Verehrung für **Erz. von Harnad**, wünschte er dem erkrankten Präsidenten baldige völlige Genesung. Sein Hoch galt der badischen Staatsregierung als Gastgeber.

Ein hierauf verlesenes Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg spricht dem Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

ihre unverrückbare musikalische Bedeutung abstreiten. Doch praktisch kommen wir einfach nicht weiter, auch wenn wir noch so unbefangenen darin den „singenden Menschen“, die Kraft der Händelfischen Melodie bewundern und aus der Not, daß bei allem Singen rein nichts geschieht, eine große Tugend zu machen geneigt sind. Zwei Jahrhunderte begründeter Fortentwicklung und namentlich musikdramatisch bedingten Vorwärtsschreitens lassen sich nicht wegdiskutieren mit ästhetisch-theoretischen Erwägungen. Das heutige Theater verlangt mit Recht entscheidende Höhepunkte und sträubt sich innerlich gegen eine völlig unterschiedslose Dynamik, mit der gleichmäßig und monoton die einzelnen Szenen vorüberziehen, die Personen auf- und abtreten, nur um sich jeweils und gegenseitig eine gefangliche Extratur zu gestalten.

Das Objekt, an dem erneut hier der Versuch einer Handels-Renaissance demonstriert wurde, hatte zudem den gewaltigen Nachteil, daß Chorjungen, die einen stärkeren Atem wohl dem Ganzen hätten geben und abwechslungsreich hätten wirken können, fast völlig fehlten. Wo aber — von ganz schlichten Anfängen zu Anfang und gegen Schluß abgehen — kein Großensemble ist, da bleibt nicht viel Lebendiges abzugewinnen, da muß in das abstrakte Spiel auch noch jene Stillisierung hineingenommen werden, die allmählich zur Lächerlichkeit wird. Man darf indessen sowohl **Hans Andres Müsenbecher**, dem Regisseur, wie auch **Leopold Schell**, dem Bühnenbildner, zuterkennen, daß sie einer weitgehenden Versuchung nach dieser Richtung widerstanden. Weniger befruchtete allerdings die kostümliche Herrichtung **Marg. Schellenbergs**, die arg nach Pappdeckelstücken schmeckte und in ihren monströsen Ausschüßen vor allem der männlichen Rollenträger schon historisch kaum zu rechtfertigen war. Die gefanglichen Leistungen waren dagegen ziemlich alle überaus gut durchgeformt. Mit satter Klangschönheit sang vor allem **Maria Franz** die Alcina, gewohnt großen Antritt und stilligen Klang ihres Alts ließ auch **Maria Straß** dem Ruggiero. Ebenso waren **Eise Blau** (**Morgana**) und **Eise Grünwald-Seyfert** (**Bradaman**) in kleineren Rollen auf beste Gesangsdisziplin bedacht. In die zwei einzigen Männerpartien teilten sich **Wilhelm Rentwig** (**Oron-**

tes) und **Wolff Schöpfkin** (**Melisso**) mit selten delikater und sauberer Stimmunggebung. Dem musikalischen Oberbefehl führte vom Begleitflügel aus Generalmusikdirektor **Josef Krips** mit sicherer, unbedingt zu ehrlcher Anerkennung verpflichtender Hand. Daß es dennoch zu keinem nachhaltigen Gesamteindruck kam, lag nicht an ihm, der wenigstens die musikalischen Gehalte und Formen intensiv geschlossen und sehr einheitlich zur Geltung brachte, sondern an dem Werk selbst, das unserer Zeit und unserer Bestimmung viel zu fernsteht und ob seiner unmöglichen Handlung auch kaum ein vollwertiges Dokument für den echten Opern-Händler darstellt.

Der hellvertretende Vorsitzende der Deutschen Handelsgesellschaft, Professor **Dr. Max Seiffert** (Berlin), gab Dienstag nachmittag im kleinen Rathssaal den Vertretern der Presse sehr interessante Aufschlüsse über das Wesen Händelfischer Komposition und die Musikpraxis des 18. Jahrhunderts. Er äußerte sich dabei auch über Entstehung und Zweck der Gesellschaft, deren Hauptziel die Verbreitung Händels ist, auf daß auch dieser Genius im deutschen Volke lebendig bleibe. Die Gesellschaft hat bis jetzt zwei Jahrbücher herausgegeben, dazu in mehreren Heften Neuauflagen von **Palmen**. Ihre Tätigkeit erstreckt sich vornehmlich auf das große Gebiet der kirchlichen **Palmen** und der italienischen Kantaten. Alle zwei Jahre soll ein Händelfest abgehalten werden; solche haben vor Kurzem in Münster, Kiel und Halle stattgefunden.

Ehrungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
Die geschlossene Mitgliederversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beschloß folgende Ehrungen. **Zu Senatoren** wurden gewählt: **Leberfabrikant Ernst Immer** (Neutlingen), **Banquier Dr. h. c. Jakob Goldschmidt** (Berlin). Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt: **Stadtkammerer Dr. Friedel** (Wrocław), **Badischer Gesandter Honold**, **Staatssekretär Dr. Gebt**, **Ministerialdirektor Follengahr**, **Staatssekretär Dr. Pänder**, **Geht. Rat Prof. Dr. Schwörer**, **Staatssekretär Dr. Weismann**. Die nächste Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wird am 1. und 2. Juni in Berlin abgehalten werden.

Die Erkrankung von Erz. v. Harnad
Erz. v. Heidelberg, 28. Mai. (Tel.) Erz. v. Harnad, der hier, wie bereits gemeldet, erkrankt ist, hat sich gestern Abend aus dem Hotel in die neue medizinische Klinik begeben. Heute mittag war sein Befinden den Umständen nach befriedigend.

Eröffnung der Kölner Landwirtschaftsausstellung

Dienstag mittag wurde in Köln die große landwirtschaftliche Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Beisein von Vertretern des Reichs, Preußens, der Rheinprovinz und der Stadt sowie zahlreicher landwirtschaftlicher Verbände feierlich eröffnet.

Reichs ernährungsminister **Dr. Schiele** sprach in programmatischen Ausführungen über die Gegenwarts- und die Zukunftsaufgaben der deutschen Landwirtschaft. Nur mit systematischer, auf weite Sicht eingestellter Arbeit könne man der Verlustwirtschaft Herr werden. Unserer ausflüchtenden Rindviehzucht falle die nationale Aufgabe zu, die Einfuhr von 600 Millionen Reichsmark überflüssig zu machen. Dem schwerleidenden Wein-, Obst- und Gemüsebau sei mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Zollbindungen nur durch organisatorische Maßnahmen möglich. Gegen die Schrumpfung unserer Industriewirtschaft gebe es als starkes durchschlagendes Mittel nur eine aufsteigende Landwirtschaft.

Der preussische Landwirtschaftsminister **Dr. Steiger** verwies auf die wichtige Aufgabe, die großen Industriebezirke als Abgabebiete für die Landwirtschaft zu erhalten und zu erobern, denn die ausländische Landwirtschaft, die ihren Absatz im eigenen Lande nicht finden könne, suche ihn in fremden Ländern und besonders in Deutschland.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wurde vom amerikanischen Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten genehmigt. Es wird wahrscheinlich schon morgen vom Plenum des Senats angenommen werden.

In Friedrichstadt in Schleswig ist nach Mitternachten eine Anzahl von Kindern, die kürzlich geimpft wurden, unter eigenartigen Erscheinungen schwer erkrankt. Zwei der Erkrankten sind bereits gestorben.

Auf der Tegernsee Landstraße bei München ereignete sich Dienstag Abend ein folgenschweres Motorradunfall. Der Geschäftsfreisende **Heinrich Zurbuch**, der mit einem Motorrad eine Probefahrt machte, kam mit 80 Kilometer Geschwindigkeit gegen ein entgegenkommendes Motorrad, auf dem der **Monteur Kreuzer** und seine Frau saßen. Frau Kreuzer war auf der Stelle tot, Zurbuch erlag heute früh seinen Verletzungen, Kreuzer ringt mit dem Tode.

In New York wurden Angehörige einer Verbrecherbande verhaftet. Die Bande betätigte sich in den Hotels in Florida und an der Küste, in den Villen der weltlichen Industriestädte und in den Juwelierläden New Yorks. Als die Beamten in das im neunten Stockwerk gelegene Hotelzimmer einbrachen, warf einer der Männer eine Hand voll Dollarnoten aus dem Fenster. Es gelang, auf den Dächern und auf den Straßen 16 000 Dollarnoten aufzufinden. In dem Zimmer wurden außerdem Schmuckstücke im Werte von 300 000 Dollar gefunden. Der Wert des bisher auch in den Banken deponierten Diebesgutes übersteigt bis jetzt 1½ Millionen Dollar.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Handelsgesellschaft, Professor **Dr. Max Seiffert** (Berlin), gab Dienstag nachmittag im kleinen Rathssaal den Vertretern der Presse sehr interessante Aufschlüsse über das Wesen Händelfischer Komposition und die Musikpraxis des 18. Jahrhunderts. Er äußerte sich dabei auch über Entstehung und Zweck der Gesellschaft, deren Hauptziel die Verbreitung Händels ist, auf daß auch dieser Genius im deutschen Volke lebendig bleibe. Die Gesellschaft hat bis jetzt zwei Jahrbücher herausgegeben, dazu in mehreren Heften Neuauflagen von **Palmen**. Ihre Tätigkeit erstreckt sich vornehmlich auf das große Gebiet der kirchlichen **Palmen** und der italienischen Kantaten. Alle zwei Jahre soll ein Händelfest abgehalten werden; solche haben vor Kurzem in Münster, Kiel und Halle stattgefunden.

Starker Erfolg der deutschen Wagner-Aufführungen in Paris. Die deutschen Wagner-Vorstellungen an der Großen Oper in Paris haben mit der Aufführung der „Walküre“ am Dienstag, die den beteiligten Künstlern einen beispiellosen Triumph brachte, ihren Abschluß gefunden. Der Eindruck dieser eximialen Vorstellungen in deutscher Sprache ist so stark und nachhaltig, daß man damit rechnen kann, daß sie eine föhrende Einrichtung in den kommenden Jahren werden. Der jetzigen Aufführung wohnte u. a. der französische Unterrichtsminister **Morand** bei.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

Eine Änderung des Polizeibeamtengesetzes bezweckt die Möglichkeit der Veretzung in den Ruhestand nicht nur von Beamten der allgemeinen Polizei und Gendarmerie, sondern auch der Kriminal- und Fahndungspolizei mit der Vollendung des 60. Lebensjahres. Der Ausschuss hat die Vorlage einstimmig angenommen.

Änderung des Viehseuchenbeschädigungsgesetzes. Der jetzigen Rechtslage entsprechend, soll auch künftig für Klagen gegen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden der Verwaltungsgerichtsbarkeit in erster und letzter Instanz maßgebend sein. Eine längere Debatte entspann sich um die Frage, ob das Rechtsmittel des Rekurses ausgeschlossen sein soll. Der Berichterstatter konnte sich nicht für den Ausschluß entscheiden und befürwortete, die Rechtsmittelinstanz des Ministeriums des Innern auf die Landeskommissare zu verlegen. Von liberaler und demokratischer Seite und von Vertretern der Wirtschaftspartei wurde die Beseitigung des Rekurses begrüßt. Schließlich aber wurde die Auffassung des Berichterstatters angenommen und der Ausschluß beschloß, die Rekurstmöglichkeit an den Landeskommissar im Gesetz zu verankern.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei will die Forderung der **Wohnungswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume** in der Weise, daß Friedensmieten von 1200 RM in größeren Städten, in kleineren Gemeinden von 800, 600 und 300 RM ab die Bestimmung des Mieterschutzes aufgehoben und des 1. Abschnittes des Mieterschutzes keine Geltung mehr haben solle. Bei Geschäftsräumen soll in Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg bei einer Friedensmiete von 1000 RM diese Folge eintreten, in allen übrigen Gemeinden dagegen unbegrenzt.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde abgelehnt und ein **Zentrumsvorschlag** angenommen, auf Grund der Prüfungsergebnisse der Regierung eine den Verhältnissen entsprechende Forderung durch den Innenminister auf dem Verordnungsweg vorzunehmen zu lassen.

Eine Eingabe des Städteverbandes fordert die Einführung von **Gefahrenklassen für die Gebäuderverkehrsanstalt**. Der Ausschuss beschloß, die Eingabe des Städteverbandes der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die evangelische Landesynode

Die zweite öffentliche Sitzung der evangelischen Landesynode begann in Karlsruhe am Dienstagmittag um 14 Uhr. Eine Reihe vorläufiger Kirchengesetze, die nach der Genehmigung der Synode bedürfen, wurden erledigt. Es wurde sodann eine größere Anzahl innerkirchlicher Angelegenheiten behandelt.

Genehmigt wurde die Errichtung verschiedener evangelischer Kirchengemeinden, desgleichen ein Antrag zum Vorschlag. Desgleichen wurden Gesetzentwürfe über die Vereinigung verschiedener Kirchengemeinden verabschiedet.

Die Auswanderung aus Baden

Im Februar 1930 sind 249 Personen aus Baden mit überseeischem Reiseziel ausgewandert. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt im Jahre 1929 mit 310 und im Jahre 1928 mit sogar 400 Auswanderern ist demnach die badische Auswanderungsziffer wiederum stark zurückgegangen, die Beschränkung der deutschen Einwanderungszote durch die Vereinigten Staaten wirkt also immer noch nach.

Erfolge der badischen Tabakpflanzler in Köln

Auf der vom 27. Mai bis 1. Juni in Köln stattfindenden Ausstellung der D.L.G. wurden in diesem Jahre neben Tischen, Maschinen und Geräten auch circa 800 Tabakproben aus sämtlichen deutschen Anbaugebieten zur Schau gebracht. An dieser sehr gut besuchten Veranstaltung beteiligte sich die **Badische Landwirtschaftskammer** mit einer Sammelausstellung von 243 Mustern, wovon 167 aus dem südbadischen und 176 aus dem nordbadischen Tabakbaugebiet stammten. Von den Proben erhielten an der mit der Ausstellung verbundenen Prämierung 243 Muster erste Preise. Außerdem wurde noch eine Reihe von Siegern, Ehren- und Zuschlagspreisen vergeben.

Der württembergische Schwarzwaldberein zur Vereinigungsfrage

Die in Trofingen tagende Hauptversammlung des württembergischen Schwarzwaldbereins befaßte sich zwar nicht direkt mit der Vereinigungsfrage mit dem badischen Schwarzwaldberein, es wurde aber mitgeteilt, daß mit dem badischen Schwarzwaldberein ein bezüglich gehaltener Briefwechsel stattgefunden hat, in dem man auf beiden Seiten der Hoffnung einer schließlichen doch noch kommenden Vereinigung Ausdruck gab. Der württembergische Schwarzwaldberein nimmt zur Zeit eine abwartende Einstellung zur Vereinigungsfrage ein.

Tagungen

Verbandsstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften e. B. Am 4. und 5. Juni hält der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden, e. B., seinen Verbandstag in Karlsruhe ab. Anschließend folgt die Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank (Wauernbank) e. G. m. b. H., Karlsruhe, sowie der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe.

Die Tagung der badischen Schmiedemeister in Bühl (18. Landesverbandstag selbständiger badischer Schmiedemeister) beschäftigte sich vor allem mit der Lehrlingszwischenprüfung, dem Beschlagswesen, der Erneuerung der Haftpflichtversicherung. Schmiedemeister Schmidt (Durlach) wandte sich gegen die städtischen Regietriebe. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden zweiten Vorsitzenden, Stark (Mannheim), wurde **Enechard** (Heidelberg) gewählt. Dr.-Ing. Gallwitz sprach dann über die durch Übergreifen der Industrie notwendige Umstellung des Schmiedehandwerks.

Aus der Landeshauptstadt

Deutsche Luftfahrt-Werbewoche

Großflugtag in Karlsruhe

In der Zeit vom 25.—31. Mai 1930 veranstaltet der Deutsche Luftfahrtverband e. V. (D.L.V.) im gesamten Reichsgebiet eine allgemeine Luftfahrt-Werbewoche für die alle zuständigen Behörden weitgehende Unterstützung zugesagt haben. Deutsche Luftfahrt ist Volkssache! Und doch hat im Vergleich zu anderen Ländern der Luftfahrtgedanke noch nicht genügend Fuß gefaßt. Um nun die noch vielen Abseitsstehenden für den Flugverkehr zu gewinnen, veranstaltet das Büro für Luftfahrt, Dr. W. Heilmann, Mannheim, im Benehmen mit dem Karlsruher Luftfahrtsverein, der Akadem. Fliegergruppe und der neu ins Leben gerufenen Ortsgruppe des „Sturmbogel“ am kommenden Sonntag, den 1. Juni 1930, einen **Großflugtag**, der sicherlich seinen Zweck als Werbetag nicht verfehlen wird. Nicht weniger wie 8 Flugzeuge aus allen Richtungen Deutschlands sind zur Mitwirkung verpflichtet, die nur Höchstleistungen des Flugportes zeigen werden.

Namen wie: **Meister Udet**, Fluglehrer **Schellhammer**, Fluglehrer **Breitenberger**, **Bihlmaier**, **Stein**, **Kiebing** und **Frau Dr. Haas** und die Akadem. Fliegergruppe bürden für ein reistisches aufreißendes Programm. In bunter, ununterbrochener Reihenfolge soll das große Programm mit Beginn 8 Uhr nachmittags in 3 Stunden abgewickelt werden, welches noch durch großes Konzert der vollzähligen **Harmonie-Kapelle**, Karlsruhe, unter persönlicher Leitung des Dirigenten **H. Kuboff** verschönt wird. Zweifelloß ist bei einigermaßen günstiger Witterung mit einem Massenbesuch zu rechnen und sind verstärkte Kurszüge und Omnibusverbindungen aus allen Richtungen vorgesehen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Finnland, das Land der Seen und Wälder zeigt sich in dem Film „**Schweres Blut**“ in ganz eigenartigem Faub. Eine junge Magd, die als Findelkind aufgezogen und später von dem Sohne des Hausbesizers zu Frau genommen, hat vieles von seiten der Pflegemutter auszuhalten. Diesem Schicksal will sie entfliehen und folgt einem Fremdling, der es aber nicht ehelich mit ihr meint. Von ihrem Manne geliebt und geliebt, bittet sie wieder um reumütige Aufnahme in sein Haus, was ihr auch gewährt wird. Der Film zeigt das harte Leben im nördlichen Land, dessen Natur die Menschen nur mit größtem Fleiß das abgewinnen können, was sie zum Leben brauchen. — Ein zweiter Film „**Schaffendes Volk — Fröhliches Volk**“ bringt uns prächtige Bilder aus dem sächsischen Erzgebirge. Jung und alt muß sich durch Herstellung von Spielwaren und anderen Gebrauchsgegenständen das Brot verdienen. Trotz alledem hat sich dieser Menschenstamm die Tradition bewahrt und hält an Traditionen und Volksspielen unentwegt fest.

Ein **Kind ausgeführt.** Am Dienstagmorgen, kurz vor 11 Uhr, wurde in Karlsruhe im Hofe des Hauses, Kirchstraße 103 (gegenüber dem Vincentiuskrankenhaus) ein neugeborenes Kind, das in einer Pappschachtel ausgelegt war, noch lebend aufgefunden. Wer über die Herkunft des Kindes nähere Angaben machen kann, wird dringend um sofortige Mitteilung an die Kriminalpolizei Karlsruhe, Stefanienstraße 1, gebeten.

Verhaftung eines Scheckfälschers. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt, ist der wegen umfangreicher Scheckfälschungen flüchtig verhaftete Ingenieur **Leibhäuser**, Inhaber der Firma Hof und Vetter, in Wien verhaftet worden. Auslieferungsantrag ist gestellt.

Badisches Landestheater. Mit dem Schauspiel „**Der Teufel geholt**“, das am Samstag, dem 31. Mai, von Felix Baumbach inszeniert, zur heimischen Eröffnung kommt, erscheint **Knut Hamsun**, der gefeierte norwegische Dichter, der seit einem Menschenalter und länger im Bewußtsein der gebildeten Welt lebt, als Dramatiker auf unserer Bühne. Mag auch der Schwerpunkt und die überragende Bedeutung seines genialen Lebenswerks im Epischen liegen, so finden sich doch die entscheidenden Merkmale seines dichterischen Schöpferums auch in seinen Bühnenwerken wieder, und die Kraft seiner Menschengestaltung, die ins Tiefste bringende Charakterisierungskraft macht auch hier den großen Seelenkennner offenbar — die weibliche Hauptrolle der „**Frau Juliane Gihle**“ wird von **Melanie Ermarth** dargestellt.

Sarrasani kommt wieder nach Durlach-Karlsruhe! Fast zwei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem dieses Unternehmen in den Mauern von Karlsruhe weilte. Wie wir erfahren, will Sarrasani in Kürze in Durlach galazieren. Ein ganz anderer Sarrasani, mit einem Unternehmen, das ins Gigantische gewachsen ist. Unbeschreibliche Begeisterung zog mit Sarrasani durch alle Städte auf seiner mehrjährigen Amerikareise, und mit Freude und Jubel empfing ihn Deutschland bei seiner Rückkehr. Fortgesetzt kommen von europäischen Ländern die Witten um Gaspieler. Buenos-Aires und Sao Paulo boten ihm Grundstücke und Hüfen aller Art, um ihn für immer an sich fesseln zu können. Jetzt will sogar Paris ihn haben. Das ganze große Unternehmen ist automobilisiert. Sarrasani hat sich unabhängig von der Eisenbahn gemacht und fährt nunmehr mit seinen 200 Wagen die Landstraßen von Stadt zu Stadt. Löwen, Tiger, Eisbären haben ihre Automobile, das Nilpferd hat seinen Extrawagen mit Wasserfassin, die Seelöwen, diese elastischen Konglere, haben ihre eigenen Privatautomobile, der ganze Bürokomplex ist auf Automobile gestellt. Sarrasani kommt mit den Wölfen, die artifizische Kombinationen neuer Art bieten werden. Scharen von Sioux-Indianern, von Japanern, Chinesen, Marokkanern, Indern, Fischerfischen usw. usw. gehören zum Zirkus. In Berlin stand über einen Monat Europas größter Zirkus im Zeichen ausverkaufter Häuser. Sarrasani ist auf der Durchreise von Berlin nach der Schweiz.

DJ. Singen a. S., 27. Mai. Bekanntlich hatte das Bodenseegebiet in diesem Jahre unter der **Mailänderplage** zu leiden, so daß sich einige Gemeinden entschlossen, Jagdprämien auszugeben. Diese betragen bis zu 20 Pf. pro Liter. Wie sich bald herausgestellt haben soll, wurden aber nicht nur badische Mailäcker, sondern auch Schweizer Mailäcker abgeliefert, die natürlich und zentnerweise über die Grenze geschmuggelt wurden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Durchzug einer Tiefdruckrinne brachte gestern in den Abendstunden im Norden des Landes Gewitter. Die Temperaturen der Ebene erreichten ungefähr die Normalwerte. Im Norden liegt noch unverändert die große Zyklone, deren Wirkung auf unser Gebiet allmählich abnimmt. **Voraussetzung für 29. Mai:** Zeitweise Aufhellung, doch nachmittags strichweise Gewitter, wärmer.

ld. Kronau (bei Bruchsal), 28. Mai. Die hiesigen **Kopfenbauern** bekamen vom Finanzamt **Steuernachsch.** Die Ermäßigung richtet sich nach der Anbaufläche und schwankt zwischen 1,50 RM und 10 RM.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Mai		27. Mai	
	Geht	Bringt	Geht	Bringt
Amsterdam 100 G.	168.39	168.73	168.40	168.74
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.01	112.21
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.341	20.381	20.34	20.38
New York . . 1 D.	4.1855	4.1935	4.187	4.195
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.41	16.45
Schweiz . . 100 Fr.	81.005	81.165	80.99	81.15
Wien 100 Schilling	59.055	59.175	59.065	59.185
Prag . . . 100 Kr.	12.417	12.437	12.419	12.439

Diskontermäßigungen. Nach Wien und Prag hat auch **Belgrad** den Diskontsatz ermäßigt. Die südbalgische Nationalbank setzte den Diskontsatz von 6 auf 5½ Proz., den Lombardzinsfuß von 8 auf 7 Proz. herab.

Die Getreidelagerhäuser in Baden

Getreidelagerhäuser haben bekanntlich den Zweck, den Landwirten die Möglichkeit zu geben, ihr Getreide nach der Ernte gegen bankfähige Lagercheine einzulagern, um so dem regelmäßigen starken Sinken der Getreidepreise in den Monaten nach der Ernte wirksam zu begegnen. Für die Entwidlung der Getreidepreise sind daher Zahl und Größe der Lagerhäuser von großer Bedeutung.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Ergebnis der letzten Erhebung über die Getreidelagerhäuser im Deutschen Reich wurden in **Baden** insgesamt 158 Lagerhäuser mit einem Fassungsvermögen von rund 300 000 Tonnen Getreide ermittelt; die Lagerhäuser der Mühlen sind dabei nicht mitbegriffen. Von diesen 158 Lagerhäusern haben 119, also über ¾, ein Fassungsvermögen bis 500 Tonnen, 22 ein solches von 501 bis 2000 Tonnen, 5 Lagerhäuser fassen bis 5000 Tonnen, 12 über 5000 Tonnen Getreide. Von dem Fassungsvermögen der badischen Getreidelagerhäuser entfallen allein auf die letzte Größenklasse rund 241 000 Tonnen oder 80 Proz. Mannheim-Ludwigshafen als großer Umschlaghafen ist der Hauptstützpunkt sowohl der badischen wie der pfälzischen Getreidelagerhäuser.

Enginger-Union-Werke AG., Mannheim. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1929 nach Abschreibungen von 257 094 (244 504) RM einen Reingewinn von 787 375 (650 263) Reichsmark, woraus bekanntlich eine von 6 auf 8 Proz. erhöhte Dividende ausgeschüttet werden soll. Nach dem Bericht konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr der Umsatz gesteigert werden. Der Export habe sich im Rahmen des Vorjahres gehalten. Die Unternehmen, an welchen man beteiligt sei, hätten zufriedenstellend gearbeitet. Der in das neue Jahr übernommene Auftragsbestand sowie die bis jetzt eingelaufenen Aufträge sichern dem Unternehmen eine entsprechende Beschäftigung.

Erhöhung des Kapitals der Nekar AG. Die auf den 21. Juni einberufene ordentliche Generalversammlung der Nekar AG. Stuttgart soll nach Erledigung der Regularien Beschluß fassen über die **Erhöhung des Aktienkapitals** von 5,36 Mill. Reichsmark durch Umwandlung eines Teils der langfristigen Darlehen des Reichs und der Länder Württemberg, Baden und Hessen, die sich nach der Bilanz vom 31. Dezember 1928 auf 58,4 Mill. Reichsmark beliefen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen.

Schnellwaagenfabrik Union, Gröningen. Im gerichtlichen Vergleichsverfahren war am Dienstag in Karlsruhe Verkündungstermin angeber. Dabei wurde mitgeteilt, daß dem Vergleichsvorschlag zugestimmt worden ist. — Dieser Vergleichsvorschlag lautet: Die Gläubiger gewähren der Schnellwaagenfabrik Union ein Moratorium bis 1. Dezember 1930. Sie stellen bis zu diesem Tage ihre Forderungen unter Bericht auf eine Verzinsung zurück. Sofern die Schnellwaagenfabrik Union bis zu diesem Zeitpunkt den Gläubigern mindestens 50 Proz. der Forderungsbeträge in bar bezahlt, verpflichten sich die Gläubiger, auf den Rest ihrer Forderungen zu verzichten. Zur Sicherstellung der Durchführung des Vergleichsverfahrens bleiben die gerichtlich bestellten Vertrauenspersonen sowie der Gläubigerausschuß bis zum Ablauf des Moratoriums im Amte.

Allianzkonzerne. Der Aufsichtsrat der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-AG. beschloß, aus einem Reingewinn von 4,35 (4,16) Mill. Reichsmark wieder 12 Proz. Dividende zu zahlen. Die Lebensversicherungsbank des Allianzkonzerne erhöht die Dividende von 15 auf 16 Proz. Die Nachfolgerin der Favag, die Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG., hat in den 5 Monaten ihres Bestehens einen Reingewinn von 0,114 Mill. erzielt.

Wagh & Freytag AG. in Frankfurt a. M. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte den Abschluß mit unverändert 8 Proz. Dividende für 1929/30. Über das laufende Jahr wurde berichtet, daß zwar noch ein **ansehnlicher Auftragsbestand**, insbesondere aus dem Auslande, vorliege, jedoch die weitere Entwicklung der Bauwirtschaft in Deutschland in erster Linie von den Maßnahmen der öffentlichen Hand bezüglich der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten abhängt.

Auf zum Karlsruher Groß-Flugtag

am Sonntag, den 1. Juni 1930, nachmittags 3 Uhr

Weltstadtprogramm mit großem Konzert! Meister Udet und andere internationale Größen fliegen!

Höchstleistungen im Kunstflug, Ballonjagen, Luftturniere, Abschuss eines Fesselballons, Höhenpreisschätzen mit Verlosung kostenloser Rundflüge u. v. a.

Kommt in Massen, ihr unterstützt die deutsche Luftfahrt!

Verstärkte Kurszüge, Sonderverbindung durch Omnibusse aus allen Richtungen

Restauration auf dem Flugplatze. Wagen- und Fahrradparkplätze vorhanden. Die grünen Flugplatzausweise haben zu den Flugveranstaltungen keine Gültigkeit.

Gemeinderundschau

Aus dem Gemeinderat Schwellingen. Von den Wohlfahrts-erwerblosen (zur Zeit 90) sollen nach Möglichkeit 1/2, höchstens aber 60, im Dienst der Stadt beschäftigt werden; der Arbeitslohn (Stundenlohn) wird unter Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung in vollem Umfange vorläufig festgesetzt auf 82,5 Pf. bei Vorhandensein bis zu 2 Kindern, 85 Pf. bis 4 Kinder, 87 Pf. über 4 Kinder.

Die Schulhausbaufrage in Müllheim. Der Bürgerausschuß Müllheim genehmigte die Kreditüberschreitung bei Verlegung der Realschule, deren Umbau trotz der bewilligten 70 000 M 80 000 M erfordert hätte. Ferner stimmte er der Verlegung der Bezirksgewerbeschule in die bisherige Realschule zu. Für den Kostenaufwand von 83 000 M stehen bereits aus früheren Darlehen 22 600 M zur Verfügung, der Rest wird durch eine neue Anleihe aufgebracht. Damit ist das Schulbauprogramm der Stadtgemeinde Müllheim endgültig erledigt.

Moderne Volksschule in Trüben. Im großen Volksschulgebäude hat die Stadtverwaltung Trüben eine neu modern eingerichtete Badeanstalt geschaffen und nach einer Beschließung durch den Gemeinderat der Benutzung übergeben. Ist die Anlage auch nicht groß, so stellt sie doch in ihrer Ausführung für Bannenbäder und Brausebäder eine erhebliche Verbesserung dar. Das Bad ist mit allen Erfordernissen heutiger Hygiene ausgestattet.



Reiche Auswahl und beste Qualität in allen

SCHUHWAREN

Abgabe nur an Mitglieder!

Lebensbedürfnisverein Schuh-Spezialgeschäft Herrenstraße 14

Badische Lokal-Eisenbahnen Akt.-Ges., Karlsruhe

Bilanz auf den 31. Dezember 1929.

Bermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
Kasse		Aktienkapital	900 000,—
Bahnanlagen:		Anleihen-schuld	973 800,—
Albtalbahn	1 878 006,46	Anleihe-zinsen	7 126,20
Bruchsal—Hilsbach—		Erneuerungs-fonds	209 763,34
Wenzingen	320 597,37	Konze-ssions-mäßige	
Hühler-talbahn	112 387,17	Reserve-fonds	26 467,61
Redar-bischofs-heim—		Bilanz-Reserve-fonds	171 656,33
Hüffen-hardt	215 011,48	Ak-tie	73 439,42
Wiesloch—Medes-heim—		Ver-kehr-schulden	193 114,02
Waldan-gelloch	620 900,93	Ver-schiedene	
Material-vorräte:		Verbind-lichkeiten	1 647 940,78
Albtalbahn	287 761,71		
Bruchsal—Hilsbach—			
Wenzingen	13 133,13		
Hühler-talbahn	4 236,02		
Redar-bischofs-heim—			
Hüffen-hardt	5 783,19		
Wiesloch—Medes-heim—			
Waldan-gelloch	11 465,80		
Ver-schiedene Aus-stände	451 039,30		
Geschäfts-beinrich-tung	1,—		
Gewinn- und			
Verlust-rechnung	285 266,31		
	4 213 307,70		4 213 307,70

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll.		Haben.	
	RM		RM
Vortrag von 1928	304 287,60	Ver-schiedene Verbind-lichkeiten:	
Anleihe-zinsen 1929	43 690,—	Ent-nahme zur teil-weisen Deckung des	
Geschäfts-unkosten	23 858,63	Ver-lustes aus 1928	104 287,60
Zinsen-Konto	161 965,79	Kreis Karlsruhe:	
Betriebs-aufschuß:		antei-liger Zuschuß zum Betriebs-	
an Bruchsal—Hilsbach—		Ver-lust 1929	60 904,92
Wenzinger Bahn	1 323,83	Betriebs-über-schüsse der Bahnen:	
		Albtalbahn	11 295,97
		Hühler-talbahn	42 333,10
		Redar-bischofs-heim—	
		Hüffen-hardt	11 492,83
		Wiesloch—Medes-heim—	
		Waldan-gelloch	24 445,12
		Ver-lust:	
		unge-deckter aus 1928	200 000,—
		Ver-lust 1929	85 266,31
	540 025,85		285 266,31
			540 025,85

Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1929. Es wurde beschlossen, den Verlust der Jahre 1928 und 1929 mit zusammen 285 266,31 RM auf neue Rechnung vorzutragen. Der Gesamtstand der im Umlauf befindlichen Genußrechte unserer Obligationen betrug am 31. Dezember 1929 437 100,— RM.

Brückenbauarbeiten.

Nach der Reichsvereinbarung für Bauleistungen werden hiermit die Arbeiten für den Umbau der Köchelbachbrücke in der Landstraße Nr. 161 bei Bühlungen umfassend
Los I: Abbruch der alten Gewölbebrücke u. Erstellung einer schiefen Eisenbetonbalkenbrücke mit versenkter Fahrbahn mit beiläufig 110 cbm Stampfbeton und 51 cbm Eisenbeton einschl. rund 6000 kg Rundstahl sowie
Los II: Erweiterung des Bachbettes mit Sohlenvertiefung, Abfuhr, Ufermauern, Sohlen und Böschungspflaster und Erstellung der Straßenzufahrten mit beiläufig 300 cbm Erdaushub, 175 qm Pflasterungen und 300 qm Fahrbahnherstellung nochmals zur Verweigerung ausgeschrieben.
Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift bis Dienstag, den 10. Juni 1930, 10 Uhr vor-

mittags, bei der unterfertigten Stelle einzureichen, wo auch die Pläne und Bedingungen von den Bewerbern einzusehen sind und das Bedingungenheft mit Angebotsvordruck gegen Vorauszahlung von 3 RM für das Stück empfangen werden kann.
Zuschlagsfrist: 3 Wochen.
Konstanz, 28. Mai 1930.
Baub. Wasser- und Straßenbauamt.

N. 550. Philippsthal, über das Vermögen des Daniel Heilig, Fabrikarbeiter in Neudorf, wurde heute vormittags 8 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Oswald Kirchgerner, Beamter in Philippsthal. Offener Arrest mit Angezeigfrist, sowie Anmeldefrist bis 10. Juni 1930. Erste Gläubigerversammlung u. Prüfungstermin am Dienstag, den 24. Juni 1930, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht. Philippsthal, 26. Mai 1930.
Amtsgericht.

Bruchsal. N. 549 Güterrechtsregistereintrag Band III, S. 218: Nieberhöhl Hermann, Sattler in Ulmstadt und Luise, geb. Schöff, Vertrag vom 26. April 1930, Gütertrennung des BGB. Bruchsal, 19. Mai 1930.
Amtsgericht I.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 29. Mai
* D 26. (Donnerstagsmiets)
Die Meistersinger von Nürnberg
Von Wagner
Dirigent: Reips
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Grünwald-Geheert, Seibert, Kreh, J. Gröbinger, Gopach, Rainbach, Neier, Kaufmänn, Böser, Derner, Schöpflin, Schuster, Th. Stad, Meher, Schäfer, Wurm.

Anfang 17 Ende 22
Preise D (1—8 RM)
Freitag, 30. Mai
* F 26. (Freitagmiets)
Th.-Gem. 101—200 und 701—800
Marius
Komödie von Bagnol
Regie: v. b. Trend. Mitwirkende: Genter, Quaijer, Mademacher, Biegler, Seiling, Brand, Graf, Herz, Gopach, Klobie, Kuhne, Meher, Müller, Schulze, Grimm, Seibert.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5 RM)
Sa., 31. Mai zum ersten Male: Vom Teufel geholt. So., 1. Juni: Meina. Mo., 2. Juni: Brille China.

DIE **BEILAGEN** DER **KARLSRUHER ZEITUNG** BADISCHER STAATSANZEIGER
Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags
machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan
Insertieren auch Sie
Sie werden bestimmt zufrieden sein

SARRASANI

Europas größter Zirkus
Siegreich heimgekehrt von Amerika
Persönlich geleitet von Hans Stosch-Sarrasani

kommt nach Durlach-Karlsruhe

16. bis 22. Juni

Der souveräne Häuptling der Sioux-Indianer, mit Kriegern, Frauen und Kindern, empfangen vom Lordmayor von London, vom Oberbürgermeister von Dresden, vom Rat der Stadt Frankfurt a. M., vom Berliner Magistrat, vom Hamburger Senat.
Cowboys, Cowgirls, Mexikaner, die verwegenen Reiter der Welt. — Südamerikanische Indios, Brasilianer, Kreolen, Mulatten, Argentinier, Gauchos. — Ein komplettes japanisches Theater. — Eine Truppe chinesischer Gaukler, tibetanische Gladiatoren, der „Teufel des Tibet“. — Inder, Fakire, Türken, Rifkabylen, Marokkaner, Araber, Kongoneger, Schlangentänzerinnen. — Tscherkessen, Kosaken, Grusiner, die wilden Reitervölker Rußlands. — 80 Sarrasani-Girls, ausgesuchte Schönheiten aus allen bereisten Ländern. — 100 Musiker, Deutschlands größtes Bläserkorps. Die berühmte argentinische Militärkapelle Sessa. — 400 exotische Tiere, darunter 22 indische Elefanten, 58 Löwen, 14 Tiger, Leoparden, Polarbären, Nilpferd, 200 Pferde, Kamele, Büffel, Seelöwen, Schlangen, Kängurus usw.

Auf der Durchreise von Berlin nach der Schweiz

Druck G. Staun, Karlsruhe